



Sir Peter Torry

2. August 1948, Britischer Diplomat. Geboren in Berlin-Spandau als Sohn eines britischen Offiziers. Besuch des Dover College und Studium in Oxford. 1970 Eintritt in den Diplomatischen Dienst. Ab 1971 unterschiedliche Verwendungen in Havanna, Jakarta, Bonn, Washington sowie in der Zentrale des Außen- und Commonwealth-Ministeriums. 1998 Botschafter in Spanien, seit Mai 2003 britischer Botschafter in der Berliner Wilhelmstraße.

S.E. Sir Peter Torry KCMG

*Außerordentlicher und bevollmächtigter Botschafter  
des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland  
in der Bundesrepublik Deutschland*

## „Deutschland und Großbritannien – eine natürliche Partnerschaft in Europa“

Ich danke Ihnen allen für Ihr Kommen und für die Einladung, in diesem renommierten Club zu sprechen.

Der Übersee-Club ist eine der ehrwürdigsten und angesehensten Einrichtungen Hamburgs. In seiner langen Geschichte hat dieser Club eine unschätzbare Rolle gespielt – für Hamburg und für die Beziehungen dieser Stadt zu den internationalen Märkten.

Zu den ehemaligen Gastrednern dieses Clubs gehören so berühmte Persönlichkeiten wie Friedrich Ebert, John Keynes, François Mitterrand und Kardinal Ratzinger. Wenn ich diese Namen lese, fühle ich mich in der Tat sehr geehrt, heute Abend vor Ihnen sprechen zu dürfen.

Ich erinnere mich an meine erste Begegnung mit Altbundeskanzler Schmidt. Er sagte damals scherzhaft, das Problem mit einem Sonderverhältnis sei, dass der Senior-Partner nie weiß, dass er eines hat. Das war so mit den USA und Großbritannien, und auch im Verhältnis zwischen Großbritannien und Hamburg.

Aber zwischen Hamburg und Großbritannien gibt es wirklich ein besonderes Verhältnis. Die Entscheidung, unser Konsulat hier zu schließen, ist uns sehr schwergefallen. Sie beweist den finanziellen Druck, mit dem wir alle fertig werden müssen. Das bedeutet nicht, dass Hamburg für Großbritannien jetzt nicht mehr so wichtig ist. Wir schätzen unsere Beziehungen zu dieser großartigen Stadt sehr. Und wir werden sie auch weiterhin pflegen.

So wie zwischen Großbritannien und Hamburg ein besonderes Verhältnis besteht, gibt es meiner Meinung nach auch eine natürliche Partnerschaft zwischen Großbritannien und Deutschland. Ich werde heute Abend versuchen, das Wesen dieser Partnerschaft zu erklären.

Schauen Sie sich die Kernprobleme unserer Zeit an: von der Zukunft Europas bis zum Neustart des transatlantischen Verhältnisses, von der Sicherheit der Energieversorgung bis zum Klimawandel, von der Anpassung an die Globalisierung bis zur Förderung des freien Handels, vom Kampf gegen den Terrorismus bis hin zur Verteidigung der demokratischen Freiheiten und Werte Europas. An all diesen Fragen haben Großbritannien und Deutschland ein gemeinsames Interesse. Und sie gehen auf ähnliche Weise daran, sie zu lösen. Jetzt werden Sie vielleicht sagen: Das stimmt ja gar nicht! Man braucht doch nur einmal in die britischen Zeitungen zu schauen! Oder wie war das damals mit der widerwilligen britischen Unterstützung für die deutsche Wiedervereinigung?

Oder Sie könnten auch sagen: Großbritannien und Deutschland haben grundsätzlich verschiedene Ansichten zu Europa und zur europäischen Integration. Schließen diese Unterschiede eine natürliche Partnerschaft denn nicht aus?

Ich will zunächst etwas zu den genannten Einwänden sagen. Zuerst zum Image Deutschlands. Gibt es ein besonderes Problem mit dem Bild Deutschlands in Großbritannien? Für die frühen Viktorianer war

Deutschland das Land der Musiker, der Dichter und Denker. Das Land von Goethe, Schiller, Brahms und Beethoven. Für sie waren die Deutschen ernsthafte und fromme Leute.

Während des Deutsch-Französischen Krieges verglich Carlyle das „edle, geduldige, tief sinnige, fromme und solide Deutschland“ mit dem „prahlerischen, ruhmstüchtigen, gestikulierenden, streitsüchtigen, ruhelosen und überempfindlichen Frankreich“.

Das achtzehnte Jahrhundert war geprägt durch die Personalunion zwischen dem Monarchen in Großbritannien und Hannover. Britische und deutsche Soldaten kämpften in jedem größeren Konflikt Seite an Seite. Zum Beispiel auch im Amerikanischen Unabhängigkeitskrieg. Als Kuriosität möchte ich hier auch erwähnen: Wussten Sie, dass Großbritannien länger gegen die USA Krieg geführt hat als jemals gegen Deutschland?

Im Siebenjährigen Krieg war Preußen der einzige Verbündete Großbritanniens in Europa. Daher war Friedrich der Große in Großbritannien auch ungeheuer beliebt. Ihm zu Ehren hießen viele Pubs damals „The Protestant Hero“ – „Der protestantische Held“. Und natürlich nicht zu vergessen: Blücher und Waterloo! Zwar spät, aber besser spät als nie!

In den Achtzigerjahren des neunzehnten Jahrhunderts gründete Cecil Rhodes sein berühmtes Stipendium für ausländische Studenten in Oxford. Und nur zwei Länder kamen infrage: die USA und Deutschland. Traurigerweise haben Bismarck, Kaiser Wilhelm und die Nazis unsere Sicht auf Preußen und Deutschland verändert. Das Nazideutschland ist heute, Gott sei Dank, ebenso tot wie das wilhelminische Preußen. Aber heute, 60 Jahre nach dem Krieg, haben viele Deutsche das Gefühl, die Medien in Großbritannien seien antideutsch.

Wenn es Sie tröstet: Die britische Presse sucht sich viele Ziele. Sie sollten einmal lesen, was sie über Frankreich, den amerikanischen Präsidenten, den britischen Premierminister oder über die königliche Familie schreibt. Wir in Großbritannien haben uns schon lange damit abgefunden, dass Beschwerden über die Presse genauso sinnlos sind wie Klagen über schlechtes Wetter.

Und Sie dürfen auch nicht nur die Schlagzeilen lesen. Schauen Sie sich zum Beispiel einmal an, wie die britischen Medien mit der Wahl eines Deutschen zum Papst umgegangen sind. Ihre Schlagzeilen – von der Bild-Zeitung wiedergegeben – lauteten „Vom Hitlerjungen zum Paparazzi“. Und viele Deutsche waren schockiert und empört. Aber wenn sie einen Blick auf die Artikel selbst geworfen hätten, hätten sie Folgendes lesen können: The Sun: „Wir applaudieren einem Mann, der versteht, dass Werte nicht verhandelbar sind.“ The Daily Mail: „Seine Vergangenheit ist ehrenhaft. Er wuchs in einem katholischen Umfeld auf, das die Nazis ablehnte.“ Ich bitte Sie also: Übertreiben Sie die Probleme mit der britischen Presse nicht. Es gibt mehr Vielfalt in unserer Presse, als Sie glauben.

[In der Financial Times Deutschland vom 16. Januar war Folgendes zu lesen: „Mit ihrer berüchtigten Formel aus Krawall, Nationalismus und Prominenten-Spannerei langweilen die britischen Boulevardblätter ihre Leser zusehends. Seit Mitte der 80er-Jahre halbierte sich die Verkaufszahl nahezu. Seit Januar 2005 sind es wieder 3% – der Abwärtstrend scheint unaufhaltsam.“] Also nehmen Sie die britische Presse bitte nicht zu ernst. Das wahre Problem ist nicht eine angebliche britische Besessenheit von der deutschen Vergangenheit. Das Problem liegt vielmehr darin, dass die Briten nicht genug über das Deutschland von heute wissen. Nach einer jüngsten Umfrage konnten zum Beispiel 30% aller jungen Frauen nichts zu der Feststellung sagen: „Deutschland gehört zu den Nationen mit dem höchsten Lebensstandard.“

Und warum? Weil nicht genügend Jugendliche aus Großbritannien nach Deutschland reisen. 60% aller jungen Deutschen waren schon einmal in Großbritannien. Aber nur 37% der jungen Briten waren schon einmal in Deutschland. Trotzdem hat eine jüngste Meinungsumfrage von PEW ergeben, dass 75% aller Briten ein positives Bild von Deutschland haben. Und heute kommen wir – dank Easyjet und Ryanair – öfter zusammen. Heute hat Berlin mehr Besucher aus Großbritannien als aus irgendeinem anderen Land – die USA eingeschlossen. – Soweit die Presse.

Und wie war das mit der Wiedervereinigung? Die Meinungen über die damalige Position der Briten sind geprägt von der Haltung Margaret Thatchers in dieser Frage.

Es ist aber mehr als zweifelhaft, ob Mrs. Thatchers Befürchtungen typisch für die öffentliche Meinung in Großbritannien waren. Seriöse britische Zeitungen wie der „Guardian“, der „Observer“, der „Independent“ und die „Financial Times“ kommentierten Mrs. Thatchers Politik sehr kritisch. Umfragen ergaben zu der Zeit weit über 50% Zustimmung für die Wiedervereinigung. Heute reden die Menschen in Großbritannien mit Anerkennung darüber, wie Deutschland die Herausforderungen der Wiedervereinigung bewältigt hat.

Und was ist nun mit unseren unterschiedlichen Ansichten zur europäischen Integration? Stehen sie einer natürlichen Partnerschaft im Wege? Es stimmt, dass Deutschland – dank seiner Geschichte – im Hinblick auf Europa eine mehr auf Integration abzielende Politik verfolgt als Großbritannien. Nach dem Krieg war es Deutschlands Ziel, sich so schnell wie möglich vom Status eines Parias zu befreien. Alle Bundeskanzler von Adenauer bis Kohl haben sich bemüht, eine Wiederholung vergangener Katastrophen unmöglich zu machen, indem sie Deutschland supranationalen Strukturen untergeordnet haben. Und sie haben sich auch bemüht, den zerstörerischen Teufelskreis des 20. Jahrhunderts zu durchbrechen, indem sie mit der deutsch-französischen Erbfeindschaft Schluss gemacht haben. Die europäische Integration und der deutsch-französische Motor dienten ebendiesen Zielen.

Großbritannien gehörte zu den Siegermächten des Zweiten Weltkrieges, und bis zur Suez-Krise von 1956 lebte die britische Elite in der Illusion, dass wir noch immer eine Weltmacht wären. In den folgenden Jahren kam es zu einer allmählichen Neubewertung der Rolle Großbritanniens. Trotz des zweimaligen Vetos von Frankreich erreichte diese Neubewertung 1973 mit dem erfolgreichen Antrag auf Mitgliedschaft in der EU ihren Höhepunkt.

Dennoch hält sich mehr als 30 Jahre später noch immer die Meinung, dass Großbritannien irgendwie weniger europäisch ist als die anderen EU-Mitglieder. Ich möchte diesen Vorwurf im Zusammenhang mit den Herausforderungen behandeln, vor denen Europa heute steht. Unsere größte Herausforderung ist, dass wir Wachstum ankurbeln und Arbeitsplätze schaffen müssen. Mit 20 Millionen Arbeitslosen und 92 Millionen wirtschaftlich inaktiven Menschen funktioniert Europa nicht. Ein Drittel unserer Bevölkerung im arbeitsfähigen Alter ist nicht in der Lage oder nicht gewillt, Arbeit zu finden. Und die Lage in Deutschland gibt besonderen Anlass zur Sorge.

Vor 20 Jahren war Großbritannien der kranke Mann – Deutschland der wirtschaftliche Riese. Aber seit 1992 ist die britische Wirtschaft um fast 40%, die deutsche um kaum 10% gewachsen. 1992 war das BIP pro Kopf in Deutschland 15% höher als das britische, heute ist es 10% niedriger. Die Arbeitslosigkeit ist doppelt so hoch, die Beschäftigungsquote 10% niedriger als in Großbritannien.

Ich sage das ohne jede Genugtuung. Die deutsche Wirtschaft ist noch immer die stärkste Europas. Wenn sie nicht auf Hochtouren läuft, leiden wir alle in Europa. Deshalb ist es auch so wichtig – nicht nur für Deutschland, sondern für uns alle in Europa –, dass Deutschland sein Reformprogramm erfolgreich durchzieht. Wir in Großbritannien wünschen ihm viel Erfolg. Manche meinen, die Wirtschaftsreform müsse zwangsläufig zulasten der sozialen Gerechtigkeit gehen. Das ist Unsinn. Nichts ist sozial ungerechter als 20 Millionen Menschen in Europa ohne Arbeit. 5 Millionen allein in Deutschland. Erlauben Sie mir ein paar Vergleiche zwischen Europa und den USA. Die Wahrscheinlichkeit, dass Sie Ihren Job verlieren, ist in den USA viermal so groß wie in Deutschland. Aber wenn das passiert, finden Sie in den USA mit zehnmal so großer Wahrscheinlichkeit wieder einen Job.

Diese Flexibilität brauchen wir auch hier. Außerdem brauchen wir Gesetze, die die Unternehmer nicht davon abhalten, sondern dazu bringen, Arbeitskräfte einzustellen. Und wir müssen mehr für Bildung ausgeben. Frankreich, Deutschland und Großbritannien geben 1% des BIP für die Hochschulbildung aus; die USA 3%. Wir fallen also immer weiter hinter die USA zurück – in Forschung und Technologie, bei den Patenten und logischerweise auch beim Wachstum. Vor der Erweiterung hatte Europa 80 Millionen Einwohner mehr als die USA, produzierte aber 20% weniger Wohlstand jährlich.

Auch in Amerika ist nicht alles perfekt. Aber die Amerikaner haben nur halb so viel Arbeitslosigkeit wie wir, eine um 20% höhere Produktivität und um 10% höhere Gesamtbeschäftigungsquoten.

Auch China und Indien haben sich inzwischen zu mächtigen Konkurrenten für Großbritannien und Deutschland entwickelt. Wir alle haben enorm viel von der Globalisierung profitiert. Besonders Deutschland als Exportweltmeister. Aber Europa muss sich modernisieren und reformieren, um die Herausforderung aus China einerseits und aus den USA andererseits annehmen zu können.

Dank Mrs. Thatcher haben britische Unternehmen früher als deutsche mit dem Anpassungsprozess begonnen. Allerdings erlebt jetzt auch die deutsche Industrie eine sehr beeindruckende Umstrukturierung. Für unsere beiden Länder bedeutet Globalisierung, dass einige Sektoren unserer Wirtschaft mit diesem Prozess nicht Schritt halten können. Sie werden Bankrott machen. Und Menschen werden ihre Arbeitsplätze verlieren. Aber der Versuch, unsere Wirtschaftszweige zu schützen oder die Globalisierung zu stoppen, ist nicht die richtige Antwort. Das können wir einfach nicht.

Wir müssen mehr für Forschung und Entwicklung ausgeben, um so die wissenschaftlich gestützten Arbeitsplätze der Zukunft zu schaffen. Und wir müssen den Menschen helfen, die ihre Arbeit in den alten Industriezweigen verloren haben, neue Jobs in den neuen Industriezweigen zu finden. Der Schlüssel für das Problem heißt Umschulung, Bildung, Subventionen von niedrig bezahlten Arbeitsplätzen und, wenn nötig, direkte Einkommenstransfers. Angesichts dieser Herausforderungen ist es nur verständlich, dass die Menschen in Europa sich Sorgen machen wegen ihrer Arbeitsplätze, ihrer Renten und ihres Lebensstandards.

Anstatt sich dieser Sorgen anzunehmen, hat Europa vier Jahre lang über unsere neue Verfassung diskutiert. Ein detailliertes und sorgfältig formuliertes Vertragswerk, das die neuen Regeln festlegt, wie ein erweitertes Europa regiert werden soll. Der Verfassungsvertrag wurde von allen Regierungen unterstützt. Und von allen Regierungschefs. Er wurde dann von den Menschen in Frankreich und den Niederlanden umfassend abgelehnt. Warum? Weil die Referenden zum Vehikel wurden, mit dem die Bürger ihre umfassende und tiefer gehende Unzufriedenheit mit den

Verhältnissen in Europa bekundeten. Unsere größte Herausforderung in Europa heute ist nicht die Schaffung neuer Institutionen, sondern die Schaffung von Arbeitsplätzen. Es gibt aber Länder, die das Problem besser lösen als andere. Nehmen wir zum Beispiel Irland oder die nordischen Länder. Dänemark ist besonders erfolgreich. Das erklärt auch, warum die Arbeitslosenquote in Flensburg 18% beträgt, aber nur 5 Kilometer nördlich jenseits der Grenze in Dänemark bloß 4%.

Die Reform des Arbeitsmarktes ist ein Bereich, auf dem Großbritannien und Deutschland eng zusammenarbeiten. Unsere Erfahrungen bei der Bekämpfung von Langzeit- und Jugendarbeitslosigkeit werden hier in Deutschland gründlich studiert. Die Bundesagentur für Arbeit ist nach dem Vorbild ihres Gegenstücks in Großbritannien umstrukturiert worden.

Die Wahl von Frau Merkel bedeutet, dass die Methoden Großbritanniens und Deutschlands, die Probleme Europas zu lösen, ähnlicher sein werden als je zuvor. Wir beide stehen für ein liberales, nach außen gewandtes, wettbewerbsfähiges und selbstbewusstes Europa – nicht für ein introvertiertes, protektionistisches und unsicheres Europa. Aber Europa in die richtige Form zu bringen erfordert nicht nur wirtschaftliche Reformen: Es erfordert auch einen vernünftigen Haushalt für die EU.

Deutschland und Großbritannien – selbst mit seinem Rabatt – sind die beiden größten Nettobeitragszahler zum EU-Haushalt. Wir beide haben ein eindeutiges gemeinsames Interesse, auf diesem Bereich zusammenzugehen. Es macht einfach keinen Sinn, wenn Europa über 40% seines Haushalts für die Gemeinsame Agrarpolitik ausgibt. Die Landwirtschaft repräsentiert schließlich nur 5% der Bevölkerung, und ihr Anteil an der Produktion der EU liegt unter 2%. Unter dem jetzigen Haushalt geben wir sieben Mal so viel für Landwirtschaft aus wie für Forschung und Entwicklung, Technologie, Bildung und Innovation zusammen. Das ist kein Haushalt für die Zukunft.

Dank der unverzichtbaren Hilfe der neuen Bundesregierung konnte die britische EU-Präsidentschaft im Dezember Zustimmung zu einem Budget erreichen, mit dem ein Anfang für die dringend nötige Reform gemacht wird. Das heißt, 75% mehr für Forschung und Entwicklung und die Aussicht auf eine grundlegende Umstrukturierung der Ausgaben ab 2008.

Großbritannien und Deutschland sind sich einig, dass wir viel mehr für die Schaffung solcher Arbeitsplätze ausgeben müssen, die uns in einer globalisierten Wirtschaftswelt wettbewerbsfähig machen. Wir müssen weniger dafür ausgeben, die Landwirtschaft auf Kosten der Dritten Welt zu subventionieren.

Die GAP ist zwar schon bedeutend reformiert worden, dennoch ist dieser Prozess aber noch längst nicht abgeschlossen. Bei der Überprüfung des Haushalts 2008 müssen folgende Punkte diskutiert werden:

- Warum vergibt die GAP zu Unrecht noch immer Agrarsubventionen an große Landbesitzer und große Agrarunternehmen?
- Warum fließen so wenig GAP-Gelder in die neuen Mitgliedstaaten?
- Und warum geben wir fast 1.000 Euro für jede Kuh in der EU aus, aber nur 9 Euro an Entwicklungshilfe für jeden Afrikaner südlich der Sahara?

Mit der Einigung über den Haushalt, die wir im Dezember ausgehandelt haben, wird ein Anfang gemacht, diese Probleme zu lösen. Diese Einigung ist für die EU ein wichtiger Schritt nach vorn. Aber ich wiederhole: Ohne die Unterstützung der Bundesregierung von Frau Merkel hätten wir diese Einigung nicht zustande bringen können.

Der erfolgreiche Abschluss der Erweiterung ist ebenfalls ein Bereich, an dem Großbritannien und Deutschland gemeinsames Interesse haben.



Erweiterung – und Globalisierung – werden hier manchmal eher als Bedrohung, und nicht als Chance, gesehen. Und dies, obwohl kein anderes Land mehr von der Erweiterung profitiert hat als Deutschland. Erweiterung ist keine Bedrohung. Deutschland hat 2005 seine Exporte in die neuen Mitgliedstaaten um 14% erhöht, mehr als in alle anderen aufstrebenden Märkte mit Ausnahme von China.

Großbritannien seinerseits hat seine Grenzen für Arbeitnehmer aus den neuen Mitgliedsländern vom Tage ihres Beitritts an geöffnet. 300.000 Polen, Litauer und andere haben in Großbritannien Arbeit gefunden. Das ging aber nicht auf Kosten der britischen Arbeitnehmer. Bei uns sind die Arbeitnehmer aus den neuen Mitgliedstaaten willkommen, weil sie Qualifikationen mitbringen, die wir brauchen, und weil sie viel zum Erfolg unserer Wirtschaft beitragen. Unter Großbritanniens Präsidentschaft wurden Beitrittsverhandlungen mit Kroatien und der Türkei aufgenommen. Der Kandidatenstatus von Mazedonien wurde bestätigt. Das ist ein historischer Schritt. Wie jede Erweiterung in der Vergangenheit wird auch diese Erweiterung den Kandidatenländern und der EU nutzen. Sie verbessert unsere Sicherheit und trägt zu unserem Wohlstand bei.

Ja, ja, schon gut, mögen Sie jetzt sagen: Aber Großbritannien engagiert sich immer noch nicht für eine weitere Integration. Natürlich will Großbritannien keine Integration nur um der Integration willen. Das wollen auch die Menschen in den meisten anderen EU-Staaten nicht. Das Nein der Franzosen und Holländer im Referendum hätte diejenigen wachrütteln müssen, die der Meinung sind, Integration sei das Beste. Skepsis gegenüber einer immer engeren europäischen Integration beschränkt sich nicht nur auf die exzentrischen Briten.

Für die meisten Bürger Europas hat nicht die Veränderung der Institutionen oberste Priorität, sondern aktives Handeln in Fragen, die sie direkt betreffen – und das sind Arbeitsplätze, Sicherheit, Umweltschutz. Wir müssen überzeugende Antworten auf die Sorgen finden, die zur Ablehnung des Verfassungsvertrages in Frankreich und den Niederlanden geführt haben. Erst dann können wir die Verfassung selbst wieder beleben. Aber das heißt nicht, dass Großbritannien nur eine Freihandelszone will.

Wie Deutschland wollen auch wir ein soziales Europa. Aber es muss ein soziales Europa sein, das funktioniert. Die Gestaltung des zukünftigen Europa ist also ein Bereich, auf dem Großbritannien und Deutschland eindeutig eine natürliche Partnerschaft haben. Wo noch gibt es eine solche natürliche Partnerschaft?

Ein weiterer Bereich ist offensichtlich die Verteidigungspolitik und das transatlantische Verhältnis. Im Gegensatz zu den Meinungsverschiedenheiten über die europäische Integration haben Großbritannien und Deutschland in Fragen der Sicherheitspolitik stets ein enges Verhältnis gehabt.

Großbritannien hatte schon den Plevin-Plan von 1950 unterstützt. Er sah die Schaffung einer Europäischen Verteidigungsgemeinschaft vor – mit einer westdeutschen militärischen Komponente in einer europäischen Armee. Als das französische Parlament diesen Plan ablehnte, wurde Großbritannien zum stärksten Befürworter einer deutschen Mitgliedschaft in der NATO.

Während des gesamten Kalten Krieges haben Großbritannien und Deutschland den Grundsatz akzeptiert, dass eine Verteidigung gegen den Warschauer Pakt nur mit Hilfe der USA möglich ist. Frankreich spielte hierbei eine Außenseiterrolle. Doch der Fall der Berliner Mauer und der Anschlag auf das World Trade Center haben die heutige Welt verändert.

Diese Veränderung im strategischen Umfeld hat zu Belastungen im Verhältnis zwischen Europa und Amerika geführt. Hauptmerkmale dieser Veränderung sind

- der Zusammenbruch der Sowjetunion,
- die allmähliche Erkenntnis, dass der internationale Terrorismus eine neue Form der Bedrohung ist, und die Gefahr, dass Kernwaffen in die Hände dieser Terroristen gelangen,
- der Aufstieg Chinas,
- die Erweiterung der EU und
- die wirtschaftliche Globalisierung.

Heute steht Deutschland nicht mehr an der Front des Kalten Krieges. Daher brauchen die USA Deutschland heute weniger, und auch Deutschland braucht die USA nicht mehr so wie früher.

Auch Europa hat im strategischen Denken der USA nicht mehr den zentralen Platz wie früher. Die amerikanische Strategie konzentriert sich heute immer mehr auf den pazifischen Raum und den Golf, statt auf den atlantischen Raum. Diese Veränderung zeigte sich insbesondere, als es um den Irak ging. Zum ersten Mal seit dem Zweiten Weltkrieg stellte sich Deutschland in einer größeren außenpolitischen Frage gegen die USA.

Vielleicht war das ein Zeichen für Normalität: Deutschland ist erwachsen geworden. Und wir wollen auch nicht die positiven Seiten vergessen: 1992 befanden sich keine deutschen Truppen außerhalb des NATO-Bereichs. Heute stehen 3.000 deutsche Soldaten im Kosovo, 2.000 in Afghanistan und 1.000 in Bosnien. Großbritannien hat mit Deutschland im Kosovo, in Bosnien und Afghanistan zusammengearbeitet. Das ist ein gutes Vorzeichen für die Zukunft der britisch-deutschen sowie der transatlantischen Zusammenarbeit. Zweifellos wird es auch in der Zukunft Meinungsverschiedenheiten geben: Das ist unter Freunden immer so. Aber Großbritannien und Deutschland sind sich darin einig, dass das Verhältnis zu den USA Kernstück unserer Sicherheit in Europa bleiben muss.

Ich möchte zum Schluss noch kurz auf einige der vielen anderen Bereiche eingehen, auf denen deutsch-britische Zusammenarbeit unverzichtbar ist, wenn wir unsere gemeinsamen Ziele erreichen wollen.

Erstens: Großbritannien und Deutschland sind führend bei der Bekämpfung illegaler Einwanderung. Wir sind starke Partner in der Entwicklung regionaler Schutzprogramme in Afrika und anderswo.

Warum? Damit Menschen, die vor Bürgerkriegen oder Naturkatastrophen fliehen, nicht mehr ihr Leben riskieren müssen, weil sie versuchen, illegal in die EU einzureisen. Sie werden in der Nähe ihrer Heimatländer oder in ihren Ländern besseren Schutz erhalten.

Deutschland wird von Großbritannien als Partner bei allen Aspekten nachhaltiger Entwicklung sehr geschätzt, zum Beispiel bei den Bemühungen um Klimaschutz. Der Klimawandel ist ein echtes grenzüberschreitendes Problem, das wir als globale Gemeinschaft anpacken müssen. Bilateral, in der EU und der Gruppe der G8 und in den Vereinten Nationen, stehen Großbritannien und Deutschland an der Spitze der Bemühungen.

Dann haben wir noch die Energiepolitik. Der jüngste russisch-ukrainische Konflikt um das Erdgas hat gezeigt, dass die EU-Länder enger zusammenarbeiten müssen. Wir haben während unserer Präsidentschaft eine integrierte Energiepolitik der EU vorgeschlagen. Deutschland wird bei der Schaffung einer solchen Politik eine Schlüsselrolle spielen. Denn Deutschland befindet sich im Herzen des europäischen Energienetzes und ist Europas größter Energieverbraucher. Offene und wettbe-

werbsfähige Energiemärkte werden letztendlich zur Zuverlässigkeit unserer Energieversorgung beitragen.

Großbritannien hatte Ende der Achtzigerjahre mit der Liberalisierung seiner Energiemärkte begonnen. Heute gehören sie zu den wettbewerbsfähigsten Energiemärkten in der EU. Wussten Sie übrigens, dass unser zweitgrößtes und auch unser drittgrößtes Energieunternehmen ihr Hauptquartier im Ruhrgebiet haben? Jetzt folgt auch Deutschland unserem Beispiel der Liberalisierung. Wir setzen die Zusammenarbeit für einen Erfahrungsaustausch fort.

Mein letztes Beispiel für unsere gemeinsamen großen Interessen ist der Handel: Der Umfang unseres bilateralen Handels beträgt etwa 95 Milliarden Euro im Jahr. Deutschland ist nach den USA für Großbritannien der wichtigste Markt in der Welt. Und Großbritannien ist Deutschlands drittgrößter Markt.

Wie der Handel, so fließen auch die Investitionen in beide Richtungen. Großbritannien ist Deutschlands beliebtester Standort für Investitionen in Europa. Etwa 1.800 deutsche Tochterunternehmen haben in Großbritannien investiert. Sie haben zusammen einen Gesamtwert von 64 Milliarden Euro und beschäftigen 290.000 Menschen. Auch britische Unternehmen sind große Investoren in Deutschland. Etwa 830 britische Unternehmen, die einen Wert von 45 Milliarden Euro repräsentieren, haben sich in Deutschland niedergelassen. Sie beschäftigen 230.000 Arbeitnehmer.

Von der Offenheit für Handel und Investitionen haben beide Seiten deutliche Vorteile. Diese Offenheit schafft leistungsfähige Volkswirtschaften, ermöglicht Spezialisierung, fördert den Technologie-Transfer und steigert die Produktivität. Als führende Handelsnationen haben Deutschland und Großbritannien das erkannt und fördern diese Vorteile. Aber auch hier ist die Herausforderung klar: Wie können wir dafür sorgen, dass der Handel uns allen Vorteile bringt?

Oder wollen wir an einem System festhalten, das zwei Milliarden Menschen vom Wohlstand ausschließt? Das ihnen die Chance vorenthält, sich aus der Armut herauszuarbeiten?

Aus diesem Grunde hat ein erfolgreicher Abschluss der Doha-Runde sowohl für Großbritannien als auch für Deutschland enorme Bedeutung.

Die letzte Handelsrunde hat das BIP der Welt um 500 Milliarden US-Dollar erhöht. Pascal Lamy, der Chef der WTO, schätzt, dass die Weltwirtschaft um fast 600 Milliarden US-Dollar angekurbelt werden könnte, wenn die Handelsbarrieren um ein Drittel verringert würden. Eine erfolgreiche Doha-Runde bietet uns allen Vorteile:

- Für Europa: 20 Milliarden Euro pro Jahr allein aus dem Zugang zum Nicht-Agrarmarkt.
- Für die armen Länder: Wenn Afrikas Anteil am Welthandel um ein Prozent wächst, bringt das Afrika mehr als 70 Milliarden Dollar. Das ist drei Mal so viel wie die Erhöhung der Entwicklungshilfe, die in Gleneagles vereinbart wurde.
- Für große Entwicklungsländer bedeutet das besseren Zugang für ihre Agrarprodukte zu den Märkten in der EU, den USA und untereinander.

Eine erfolgreiche Handelsrunde würde auch die Vorteile des multilateralen Handelssystems verstärken. Wenn sie scheitert, besteht die Gefahr, dass wir zu einem Flickenteppich von bilateralen und regionalen Handelsabkommen zurückkehren. Solche Abkommen würden aber, wie der BDI erklärt, zusätzliche Hindernisse für die Unternehmen auf unterschiedlichen Märkten schaffen. Sie würden außerdem die größeren Länder in ihren Verhandlungen mit kleineren begünstigen.



Dennoch geben wir bereitwillig zu, dass die Ergebnisse von Hongkong enttäuschend sind. Wir wollten viel größere Fortschritte erreichen. Aber Hongkong war nicht Seattle und auch nicht Cancun, und wir haben einige kleine Schritte nach vorn gemacht. Aber ein erfolgreiches und ehrgeiziges Ergebnis ist damit nicht garantiert. Das erfordert politischen Willen, Führungsstärke und echte Bemühungen, um die Handelsrunde in diesem Jahr abzuschließen, damit sie die Versprechen von Doha wahr macht. Und hiermit möchte ich zum Schluss kommen: Es stimmt also, dass Clichés existieren, aber wir sollten sie auch nicht übertreiben.

Die Zahl der Bereiche, auf denen Großbritannien und Deutschland zusammenarbeiten, ist groß. Die Zusammenarbeit ist tief, und ihre Bedeutung für unsere beiden Länder ist enorm. Wir sind natürliche Partner.

Die Probleme, die wir lösen müssen, sind keine rein britischen oder deutschen Probleme. Sie sind Herausforderungen, vor denen wir alle in Europa stehen. Aber nur wenn wir diese Herausforderungen auch anerkennen und nicht so tun, als gäbe es sie nicht – nur dann können wir hoffen, sie zu meistern.

Als ich 2003 nach Berlin kam, hatte mir mein Premierminister gesagt, das Verhältnis zu Deutschland sei für ihn unser wichtigstes bilaterales Verhältnis in Europa. Das stimmt. Und mit Frau Merkel werden – so glaube ich – die Chancen für eine Zusammenarbeit zum gegenseitigen Vorteil und zum Nutzen von Europa noch weiter wachsen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit. ■